

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Die Lage unseres städtischen Haushalts hat sich im abgelaufenen Jahr aufgrund verschiedener Rahmenbedingungen entgegen meiner ursprünglichen Einschätzung nicht weiter verschlechtert. Wir werden im Ergebnis der Jahresrechnung voraussichtlich um einiges unter den geplanten 9,7 Mio Euro Defizit bleiben, da wir in 2007 Steuermehreinnahmen zu verzeichnen hatten und wir uns andererseits bemüht haben beim Haushaltsvollzug möglichst wirtschaftlich zu agieren. Auch wenn dadurch keine dauerhafte Konsolidierung erreicht werden konnte möchte ich den beteiligten Ämtern für die sparsame Bewirtschaftung der Budgets danken.

Leider konnten wir aber nicht die gleiche starke positive Entwicklung erreichen, die für die Haushalte bei Bund und Land zu verzeichnen waren. Hier wurden allein durch die Mehreinnahmen aus der erhöhten Mehrwertsteuer und anderen Steuerarten erhebliche Verbesserungen erzielt. Allerdings konnten auch wir durch verbesserte Anteile an diesen Steuerarten Verbesserungen um brutto rund 6 Millionen Euro erreichen. Besonders positiv sind in diesem Zusammenhang die Beschlüsse zur Zukunft der Gewerbesteuer zu bewerten. Dazu schreibt Monika Kuban, die ständige Vertreterin des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Städtetages im Gemeindefinanzbericht des Jahres 2007 zutreffend: „Bei der Reform der Gewerbesteuer ist die große Koalition den Argumenten der Städte gefolgt und hat die Gewerbesteuer nicht nur erhalten, sondern durch Ausweitung der Hinzurechnungen auch als Realsteuer ausgebaut und stabilisiert.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

nach der Finanzplanung für das Jahr 2008 musste man von einem Fehlbetrag von knapp 11 Millionen Euro im Verwaltungshaushalt ausgehen. Das der Haushaltsplanentwurf nun von einem erheblich niedrigeren Defizit ausgeht hat verschiedenen Ursachen. Da ist zum einen die bisher positiv verlaufene Gewerbesteuerentwicklung, auf die ich an anderer Stelle noch ausführlicher eingehen werde, da sind zum anderen höhere Schlüsselzuweisungen als im Vorjahr, die vor allem aus einer höheren Schlüsselmasse und dem Wegfall von Befrachtungen aus den Vorjahren resultieren. Auch der Anteil an der Einkommenssteuer wurde aufgrund der in 2007 bereits eingetretenen Verbesserung entsprechend erhöht. Dazu kamen lineare Einsparungen in den Budgets der Ämter.

Durch die verbesserte Steuerkraft und die positive Entwicklung der Schlüsselzuweisungen müsste die Stadt bei Beibehaltung des bisherigen Kreisumlagesatzes gegenüber dem Jahr 2007 eine um rund 4 Millionen Euro

erhöhte Kreisumlage bezahlen. Dennoch wurde in diesem Haushaltsplan bewusst der Ansatz des Jahres 2007 fortgeschrieben, um deutlich zu dokumentieren, dass die Stadt Lüdenscheid nicht in der Lage ist, solche Kreisumlagen zu zahlen und dadurch Druck auf den Märkischen Kreis auszuüben, eigene Sparbemühungen zu erhöhen und die Städte und Gemeinden im MK durch entsprechende Umlagesenkungen bei ihren Bemühungen zur Konsolidierung zu unterstützen. Durch die gestiegene Steuerkraft der Städte und Gemeinden im MK fließen dem MK in 2008 über 22 Millionen Euro Mehreinnahmen zu, der Haushaltsentwurf für 2008 weist aber lediglich einen Überschuss vom 8 Millionen Euro aus. Gleichzeitig konfrontiert der Kreis die Städte und Gemeinden aber auch mit noch nicht gedeckten sogenannten Altfehlbeträgen von 38 Millionen Euro. Das Paket, das derzeit zwischen den Städten und Gemeinden und dem Kreis verhandelt wird, muss so verantwortlich geschnürt werden, das einerseits unsere Bemühungen zur eigenen Konsolidierung keinen Schaden nehmen, der Kreis seine Ausgaben reduziert, aber auch Finanzierungswege gewählt werden, die ein verantwortliches Miteinander dauerhaft gewährleisten. Bei allen Unbekannten, wird das Defizit für 2008 im Verwaltungshaushalt mit 4,1 Millionen Euro ausgewiesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die größte finanzpolitische Unbekannte der nächsten Jahre sind neben der Frage der Kreisfinanzierung sicher die Auswirkungen der beschlossenen Unternehmenssteuerreform mit ihren Auswirkungen auf unsere Gewerbesteuerentwicklung.

Die Höhe unserer Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2008 lässt sich nur sehr schwer verlässlich prognostizieren, da die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform konkret kaum zu fassen sind. Daher ist der Ansatz von 44 Millionen Euro, den der Kämmerer im Haushalt zur Gewerbesteuer vorgesehen hat durchaus ambitioniert und geht von einem weiter guten und stabilen Konjunkturverlauf aus.

Die Konsolidierungsanstrengungen im Jahr 2007 müssen im Jahr 2008 weiter verstärkt werden. Dabei müssen aber neben strenger Ausgabedisziplin auch neue Methoden zur Haushaltskonsolidierung zum Einsatz kommen. Mit der traditionellen „Rasenmähermethode“ also linearen Kürzungen waren nur noch wenige wirksame Effekte zu erzielen, zumal die Bereitschaft zu echten Ausgabekürzungen in den verschiedenen Dezernaten doch recht unterschiedlich ausgeprägt waren. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung wissen sicher, wovon ich an dieser Stelle spreche.

Mit der Bereitschaft in der Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung eine parteiübergreifende Zusammenarbeit von Rat und Verwaltung zu praktizieren, haben wir Neuland betreten, für die erklärte Bereitschaft und den bisherigen Verlauf des dortigen Diskussionsprozesses möchte ich mich an dieser Stelle

ausdrücklich bei allen Beteiligten bedanken. Die Beauftragung eines externen Unternehmens mit uns zunächst in einem ersten Modul eine Prozesskostenanalyse für verschiedene Bereiche der Verwaltung zu erarbeiten, ist sicher der richtige Weg. Sollten wir hier Klarheit bekommen und auch bereit sein, die richtigen Konsequenzen zu ziehen und trotz unterschiedlicher politischer Zielvorstellungen gemeinsame schwierige Schritte in Richtung auf strukturelle Veränderungen zu gehen, wären sicher auch die weiteren Module, in denen es um die Anwendung von neuen betriebswirtschaftlichen Konzepten wie dem sog. Zero base budgeting und target costing gehen soll, weitere sinnvolle Bausteine für Schritte zu einen zukünftig strukturell ausgeglichenen Haushalt. Bei der Aufstellung des Etats 2008 haben wir uns sowohl beim Stellenplan als auch im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt darum bemüht, den schwierigen Spagat zwischen Ausgabenreduzierung und Eröffnung von Chancen zu einer weiteren dynamischen Stadtentwicklung erfolgreich zu praktizieren. Im Stellenplan hat es neben einigen strukturellen Veränderungen einige Streichungen von Stellen gegeben. Entgegen unserer ursprünglichen Absicht beantragt die Verwaltung aber auch die Neuschaffung einer Planstelle im ASD der Stadt Lüdenscheid. Dies ist ein wichtiger Bestandteil eines Gesamtpaketes zur Stärkung der präventiven Jugendhilfe, um einerseits unserem Auftrag zum Wohl des Kindes Rechnung zu tragen, andererseits aber auch einem weiteren Anstieg bei den kostenintensiveren Hilfen zur Erziehung wirksam zu begegnen. Ich hoffe, ich kann Ihnen hiermit verdeutlichen, dass es hier keinesfalls um eine prinzipielle Abkehr von der Marschrichtung der restriktiven Personalbewirtschaftung geht, sondern unser gesetzlicher Auftrag besser erfüllt werden soll und durchaus auch mit nachvollziehbaren wirtschaftlichen Argumenten gearbeitet wird. Außerdem wird der Gesamtstellenplan durch diese Maßnahme nicht erweitert, sondern lediglich in der Struktur geändert. Da es sich beim ASD um MitarbeiterInnen mit einer besonderen Qualifikation handelt, sind andere Schritte wie Versetzung, Umsetzung, Umschulung nur begrenzt möglich. Die notwendige weitere personelle Verstärkung des ASD soll durch interne Umsetzung und eine weitere zeitlich befristete Beschäftigung sichergestellt werden. So sollten wir uns auch die notwendige Flexibilität sichern, um in diesem besonders sensiblen Bereich der Daseinsvorsorge verantwortlich zu handeln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren

Bei der Haushaltsaufstellung hat der Kämmerer mit guten Argumenten auf die Notwendigkeit und die gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich der Prioritäten bei der städtischen Einnahmebeschaffung hingewiesen. Das ich als Bürgermeister bei der Feststellung des Haushaltsplanentwurfes bei der Grundsteuer B von dem aufgestellten Haushalt abgewichen bin, ist keinesfalls

als Missachtung dieser schlüssigen Argumentation des Kämmerers zu verstehen. Ich habe hohen Respekt vor seiner fachlichen Meinung und den vorgetragenen Argumenten. Aber in der Abwägung der Argumente die für und die gegen eine solche Steuererhöhung zum jetzigen Zeitpunkt sprechen, habe ich mich gegen diesen Vorschlag entschieden. Dabei haben vor allem die in den letzten Monaten stark gestiegenen allgemeinen Kosten für den Lebensunterhalt, insbesondere aber die gestiegenen Kosten für Energie für mich ausschlaggebende Bedeutung gehabt. Wenn zu diesem Anstieg nun auch noch ein weiteres Element der sogenannten „zweite Miete“ erhöht worden wäre, hätte dies viele Haushalte zusätzlich belastet. Aber auch der zur Zeit etwas unübersichtliche Konjunkturverlauf sollte nach meiner Meinung mit den uns zur Verfügung stehenden bescheidenen Mitteln so weit wie irgend möglich gestützt werden. Nur aus diesen Gründen halte ich es in diesem Ausnahmefall für vertretbar, in diesem Punkt der zweifelsohne schlüssigen und überzeugenden Argumentation des Kämmerers nicht zu folgen.

Das wir im Vermögenshaushalt weiter nicht alles Wünschbare vorschlagen, ja immer auch sogar Notwendiges aufschieben macht deutlich, dass der Konsolidierungsauftrag ernst genommen wird. Denn wenn wir nicht die kompletten Möglichkeiten der Kreditaufnahme im Rahmen des Verbotes der Nettokreditaufnahme nutzen, führt dies zu einer Rückführung der Gesamtverschuldung und damit auch zu einer Verringerung des zweifellos vorhandenen Risikos der Zusatzbelastung bei steigenden Zinsen. Auch hier bin ich dem Kämmerer dankbar, dass er gemeinsam mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die hausinternen Meinungsbildungsprozesse so hartnäckig und nachhaltig begleitet hat. Damit macht man sich nicht immer nur Freunde, aber es ist zwingend erforderlich um langfristig eine Trendwende herbeizuführen. Lassen sie mich deshalb schon an dieser Stelle allen an der Aufstellung des letzten kameralen Haushaltsplanes der Stadt Lüdenscheid Beteiligten für die geleistete Arbeit herzlichen danken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren

wenn wir gemeinsam ein Stück über das kommende Haushaltsjahr hinausdenken, sollten wir keinesfalls den Fehler machen, den für 2009 aufzustellenden ersten Haushalt im NKF, der möglicherweise für einen sehr begrenzten Zeitraum den Abschied von der vorläufigen Haushaltswirtschaft mit all ihren Beschwerden und Problemen bedeutet, falsch zu deuten, und mit einem Nachlassen bei den Konsolidierungsanstrengungen reagieren. Nein, ganz im Gegenteil, wir sollten diese Chance gemeinsam nutzen, den notwendigen strukturellen Wandel bei der städtischen Haushaltswirtschaft weiter voranzutreiben. Das dies mit dem notwendigen Augenmaß geschehen soll, ist mit den bisherigen Eckpunkten, die

für einen Umbau, statt für einen Abbruch von Leistungsangeboten stehen, sicher gut beschrieben. Wir werden deshalb die Entwicklung unserer Stadt nicht einstellen, sondern ganz im Gegenteil unsere Standortvorteile noch klarer herausarbeiten. Dies kann aber nicht mehr mit einer breit angelegten Strategie erfolgen, in der möglichst viele Politikbereiche erfasst werden, sondern nur durch eine entsprechende Schwerpunktsetzung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren

die Finanzentwicklung in den Kommunen ist in 2007 sehr unterschiedlich verlaufen, es gab klare Gewinner und Verlierer. So hatten wir z.B. bei der Gewerbesteuer in den Städten und Gemeinden des Märkischen Kreises eine Bandbreite von + 30 % bis – 8 %. Hier lagen wir mit einem leichten Plus von gut 6 % gegenüber dem Ansatz für 2007 leider nicht so weit vorne. Die Ursachen dafür liegen im Branchenmix vor Ort und vor allem im unterschiedlichen Investitionsverhalten der einzelnen Unternehmen. Allerdings sollten wir alles in unserer Kraft stehende tun, um mit zu helfen, das der Konjunkturverlauf sich weiter positiv entwickelt. Damit gibt es für immer mehr Menschen in unserer Stadt die Möglichkeit, den Lebensunterhalt durch eigene Arbeit und entsprechende Einkommen sicher zu stellen. Die Zahlen sprechen für sich : So haben im Vergleich der Jahre September 2006 zu September 2007 fast 1000 Menschen einen neuen Arbeitsplatz gefunden, die Arbeitslosenquote sank von 9,5 % auf 7,2%. Auch die Zahl der angebotenen Ausbildungsstellen stieg um 17 %. Diese positive Entwicklung drückt sich auch in unseren steigenden Anteil an der Einkommenssteuer aus.

Für diese positive Entwicklung am heimischen Arbeitsmarkt sind neben der guten Konjunktorentwicklung auch die Bereitschaft der Unternehmen, jetzt neues Personal einzustellen, die intensiven Bemühungen der gründlich reformierten Agentur für Arbeit und das engagierte Arbeiten der ARGE MK verantwortlich. Hier gilt mein ganz besonderer Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Lüdenscheid, die bei der ARGE MK beschäftigt sind. Auch wir als Stadt haben uns in Zusammenarbeit mit der ARGE bemüht, für viele Menschen neue Einstiege in Praktika, in Ausbildung oder direkt ins Berufsleben zu schaffen. Oft mit gutem Erfolg, was nur durch gute Kontakte zu Industrie, Handwerk, Handel und Gewerbe möglich war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

leider sinken die Ausgaben für soziale Zwecke nicht im gleichen Umfang, wie die Arbeitslosigkeit zurückgeht. So steigt die Zahl der Menschen, die Leistungen nach SGB II beziehen ( besser bekannt unter dem Stichwort Hartz IV), die trotz einer Vollzeitwerbsarbeit auf ergänzende Leistungen angewiesen sind. Hier

geht es meistens um die Kosten der Unterkunft, die kommunal zu finanzieren sind. Das macht deutlich, dass die politische Debatte um einen gesetzlichen Mindestlohn keinesfalls eine abgehobene theoretische Debatte ist sondern dass es hier um ein wichtiges sozial- und gesellschaftspolitisches Problem geht. Es kann und darf doch wohl nicht richtig sein, dass ein Mensch bei einer Vollzeitbeschäftigung auf die Unterstützung nach SGB II angewiesen ist, das zur Unterstützung von Langzeitarbeitslosen geschaffen worden ist. Hier ist der Bundesgesetzgeber nach meiner Meinung in zweierlei Hinsicht dringend zum Handeln aufgerufen: Das Wohngeld als Leistung des Bundes und der Länder muss hier wieder seine alte Bedeutung erlangen und Menschen mit niedrigen Einkommen die Bezahlung einer angemessenen Wohnung ermöglichen. Bund und Länder sparen hier jedes Jahr Milliardenbeträge zu Lasten der Kommunen, die die Kosten der Unterkunft nach SGB II größtenteils finanzieren. Außerdem muss die Bundesregierung endlich in den Branchen, in denen die Tarifvertragsparteien keine existenzsichernden Einkommen vereinbart haben, durch ausreichende Mindestlöhne dafür sorgen, dass sich Arbeit im wahrsten Sinne des Wortes wieder lohnt. Mit dieser Aussage sind nach meiner Erinnerung schon so viele Parteien in den Wahlkampf gezogen, dass es für einen solchen Vorstoß doch eine breite politische Mehrheit geben müsste.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

welche Schwerpunkte sind nun für das Jahr 2008 aber auch für die Folgejahre von entscheidender strategischer Bedeutung ?

## **FAMILIE**

Für die weitere Entwicklung unserer Stadt ist die Unterstützung von Familien **das** zentrale Anliegen.. Dabei ist unser Bündnis für Familien durchaus auf gutem Wege. Hier werden nicht nur Forderungen artikuliert, sondern es wird aktiv mitgestaltet. Das setzt allerdings umgekehrt auch die Bereitschaft voraus, Initiativen, die vom Bündnis ausgehen, ernst zu nehmen und verantwortlich damit umzugehen, seien es Überlegungen zur Innenstadtgestaltung oder Projekte wie der Familienpass oder die Gruppe Familie intern, um nur einige Beispiele zu nennen. Von ganz herausragender Bedeutung gerade für junge Familien ist dabei ein breit angelegtes Betreuungs- und Unterstützungsangebot. Über unsere verstärkten Bemühungen für Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf bin ich an anderer Stelle im Zusammenhang mit der personellen Verstärkung des ASD bereits eingegangen, auch die Koordinierungsbemühungen zur Vernetzung bei frühen Präventivmassnahmen möchte ich an dieser Stelle erwähnen. Hier sollen die Ideen und Initiativen aller an diesem Thema arbeitenden Kräfte koordiniert und gebündelt werden, um die höchste Wirkung zum Wohl der Kinder und ihrer Familien zu erreichen. Dem engagierten Arbeitskreis, der diese Struktur erarbeitet hat und die Arbeit dauerhaft begleiten wird, möchte ich ganz

herzlich danken. Von ganz hervorgehobener Bedeutung für junge Familien ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.. Dazu gehört allerdings auch ein gut ausgebautes, qualitativ hochwertiges Angebot an Betreuungsmöglichkeiten. Dies beginnt bei ausreichenden Plätzen für Kinder unter 3 Jahren, geht weiter über die klassischen Kindertagesstätten zu den offenen Ganztagsgrundschulen bis hin zu Ganztagsangeboten in den weiterführenden Schulen. Mit bereits erreichten 13 % Betreuungsangeboten für unter 3 jährige sind wir weiter als viele vergleichbare Städte, aber den Wünschen vieler Eltern können wir damit nicht verantwortlich Rechnung tragen.. Das beschlossene Kindergartengesetz sieht zwar eine erhebliche Steigerung solcher Plätze über das bereits beschlossene TAG hinaus vor, über die finanziellen Belastungen, die damit verbunden sind, höre ich vom Land aber leider wenig. Lediglich der Bund bekennt sich hier, ohne das er verfassungsrechtlich dazu verpflichtet ist, zu einem entsprechenden finanziellen Engagement beim Ausbau und was noch wichtiger ist, zur dauerhaften Beteiligung an den Betriebskosten für Betreuungsplätze für unter 3 jährige bereit. Wer wie die Landesregierung sogar Rechtsansprüche an dieser Stelle beschließt, muss, dem Konnexitätsprinzip folgend, auch für eine solide Finanzierung sorgen. Zu diesem neuen Kindergartengesetz kommentierte Detlef Burrichter in der LN:

„Das neue Kindergartengesetz ist wahrhaftig kein Ruhmesblatt für die schwarzgelbe Landesregierung. Nach einem halben Jahr Streit und landesweiten Massenprotesten kommt nun ein Kompromiss zustande, über den niemand jubeln kann:

Nicht die Eltern, weil offen bleibt wie viel Geld sie zukünftig für einen Betreuungsplatz aufbringen müssen und ob sie sich diesen "Luxus" überhaupt werden leisten können.

Nicht die Träger der Einrichtungen, für die die Umstellung der Fördersystematik trotz der Nachbesserung risikobehaftet bleibt.....

Nicht die Erzieherinnen, denen immer mehr Aufgaben abverlangt werden wie Spracherziehung und Familienberatung, ohne dass in ihre Ausbildung investiert wird

Nicht die Kinder, weil keine neuen Standards definiert werden für eine qualitativ hochwertige, zeitgemäße Betreuung und individuelle Förderung.....

Nicht Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, der versprochen hat NRW zum kinderfreundlichsten Bundesland zu machen. Das Kinderbildungsgesetz, wie es hochtrabend heißt, wird diesem Anspruch nicht gerecht. Es ist allenfalls ein Kindergartenfinanzierungsgesetz. Ein schlüssiges pädagogisches Konzept, dass Kindergärten zu Bildungseinrichtungen für Kleinkinder weiterentwickelt, bleibt Rüttgers schuldig. Soweit Detlef Burrichter in seiner Kommentierung, der ich mich vollinhaltlich anschließen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

kürzlich hat der Lüdenscheider Ortsverband des Kinderschutzbundes auf ein großes gesellschaftliches Problem, auch in unserer Stadt aufmerksam gemacht: Weit mehr als 2000 Kinder leben in Familien, die auf die Regelsätze des SGB II, besser bekannt unter dem Begriff Hartz IV angewiesen sind. Hier muss gerade die große Politik, also Bund und Land, die über entsprechende Gesetzgebungskompetenzen und über Ressourcen und Steuerungsmöglichkeiten verfügen, schnell reagieren. Wer Familien wirklich fördern will, muss doch verhindern, dass Kinder zum Armutsrisiko werden. Deshalb begrüße ich die Bemühungen auf Bundesebene, hier neue Wege zu suchen. Auch die Forderung der Bundes SPD nach einem Nationalen Pakt gegen Kinderarmut für gezielte Hilfen ( z.B. Beitragsfreiheit der Kindertagesstätten und kostenfreies Mittagessen ) geht in die richtige Richtung. Der Zuschuss des Landes zur Mittagsverpflegung kann da nur ein erster Schritt sein. Das wichtigste aber, was wir neben der Sicherung der notwendigen materiellen Ressourcen für die Kinder tun können, sind optimale Bildungschancen.

## **BILDUNG**

Nun haben uns die verschiedensten Untersuchungen und Studien drastisch vor Augen geführt, dass wir auf diesem Gebiet in Deutschland erheblichen Nachholbedarf haben. Nirgendwo werden Bildungschancen so ungerecht nach sozialer Herkunft verteilt. Die Zahl der Schulabbrecher ist viel zu hoch, insbesondere auch in Lüdenscheid, Übergänge in die zum Hochschulstudium befähigenden Schulen im europäischen Vergleich viel zu niedrig und die Unternehmen klagen über zu schwache Leistungen der Bewerberinnen und Bewerber um einen betrieblichen Ausbildungsplatz.

Die Zukunft wird deutlich zeigen, dass der Trend zu echten Ganztagschulen führen wird. Das dies natürlich auch mit zusätzlichen Investitionen in die Bildung verbunden sein wird, ist wohl unbestritten. Aber wenn Investitionen überhaupt irgendwo sinnvoll sind, dann doch wohl die in Bildung für unseren Nachwuchs. Trotz knappster Mittel sollten wir als Träger der äußeren Schulangelegenheiten bereit sein und ich habe auch aus der Mitte des Rates entsprechende Willenserklärungen gehört, im Rahmen der anstehenden Beratungen Mittel für den Anbau an der Erwin Welke Schule bereit zu stellen, mit dem auch an dieser Schule das Angebot der OGS ermöglicht werden kann. Überhaupt entwickelt sich die Nachfrage nach dieser offenen Ganztagsgrundschule rasant. Wenn ich noch daran denke, mit welcher Skepsis dieses Angebot von bestimmten politischen Kräften betrachtet worden ist und heute die erfolgreiche Praxis sehe, kann ich nur für mehr Bereitschaft zu neuen Wegen und zu weiteren Investitionen in die Bildung ermutigen. Denn wenn die Nachfrage sich so weiter entwickelt, werden wir hier noch einiges zu tun haben.



Das neue Schulgesetz hätte sicher gut daran getan, sich stärker solchen Fragen zu widmen, statt die sog. Freie Schulwahl zu propagieren, denn welche praktischen Konsequenzen das in Lüdenscheid hat, konnten wir in der vergangenen Ratssitzung ja alle erfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch wenn wir als Träger der äußeren Schulangelegenheiten im Schulbereich vom Gesetzgeber nur sehr wenig Einfluss auf Bildungsinhalte haben, so sind Entwicklungen wie Profilklassen für Musik am BGL, die Technikklasse an der Ganztags Hauptschule am Stadtpark und andere Bemühungen, neue Wege zu beschreiten, nachhaltig zu begrüßen und im Rahmen unserer bescheidenen Möglichkeiten zu unterstützen. Deshalb begrüße ich ausdrücklich das Landesprogramm Kultur und Schule, das in Lüdenscheid schon zu vielen sinnvollen Projekten geführt hat. In eine solche innovative Richtung soll auch unser Projekt Paten für Ausbildung gehen. Zum Glück hat sich aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung die Lage auf dem Ausbildungsmarkt entspannt und die Zahl der unversorgten Jugendlichen nimmt ab. Allen Betrieben und Einrichtungen, die zu dieser positiven Entwicklung beigetragen haben, gilt an dieser Stelle mein ausdrücklicher Dank, verbunden mit der Bitte, in diesen Bemühungen nicht nachzulassen. Denn schon im überschaubaren Zeitraum von 5 Jahren wird die Zahl der ausbildungsfähigen Jugendlichen durch die demografische Entwicklung dramatisch zurückgehen, so dass sich heute eine Ausbildung auf Vorrat geradezu aufdrängt. Auch die jetzt wieder häufig geführte Klage über mangelnde Fachkräfte deutet doch eindeutig in die Richtung, dem eigenen Nachwuchs eine Chance zu geben, statt wieder den bequemen Weg der Zuwanderung ausländischer Fachkräfte zu wählen. Aber gerade die jungen Menschen, die weder als Mitarbeiter- noch als Kundenkinder einen Ausbildungsplatz suchen, oder die erst einmal eine realistische Berufsperspektive entwickeln müssen, sind auf Hilfe und Unterstützung angewiesen. Hier setzt unser Projekt PFAU an und hat auch schon einiges in Bewegung gebracht. Ich danke an dieser Stelle den engagierten Paten ganz herzlich dafür, dass sie in ihrer Freizeit diese wertvolle Arbeit leisten.

Nun beschränkt sich Bildung nicht allein auf den vorschulischen und schulischen Bereich, sondern wenn wir es mit dem lebenslangen Lernen Ernst meinen, dann müssen wir hier unser Angebot ausbauen und verbessern. Die VHS in Lüdenscheid hat hier bereits eine hohe Kompetenz erreicht, die es auszubauen gilt. Die Umsetzung der Bildungsschecks des Landes NRW war ein Riesenerfolg. Auch die Integrationskurse sind ein wichtiger Beitrag für die Bildungslandschaft, denn gerade die verbesserte Sprachkompetenz der Zuwanderer ist dringend erforderlich, um bei der Integration voran zu kommen. Das die Umsetzung des Integrationskonzeptes gerade im Bildungsbereich

begonnen hat ist ja kein Zufall, sondern genau der richtige Weg. Nur wenn wir angesichts unserer demografischen Entwicklung dieses Konzept des „lebenslangen Lernens“ in die Praxis umsetzen, können wir uns als Wirtschaftsstandort im sich immer weiter entwickelnden weltweiten Wettbewerb der Standorte als Stadt behaupten.

## **WIRTSCHAFT**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

genau diesem Wirtschaftsstandort Lüdenscheid möchte ich mich im letzten Teil meiner Haushaltsrede widmen, denn dies ist die zentrale Basis für unser städtisches Leben .

Unsere Innenstadtentwicklung wird im Jahr 2008 durch die Fertigstellung des neugestalteten Sternplatzes in Verbindung mit den großen Privatinvestitionen beim Sterncenter und an der Altenaer Strasse 1 geprägt und wird die logische Fortentwicklung mit den baulichen Verbesserungen im Bereich der zentralen Busstation Sauerfeld mit den Optimierungen für Menschen mit Behinderungen finden. Die Steigerung der Attraktivität der Einkaufsstadt Lüdenscheid könnte sicher noch durch weiteres Privatengagement von Immobilienbesitzern beschleunigt werden. Die Landesgesetzgebung zum ISG( Immobilien Standort Gemeinschaften ) eröffnet hier Chancen für Gemeinschaftsprojekte von Immobilienbesitzern und Stadt. Nur mit wettbewerbsfähigen, zukunftsorientierten Betrieben kann sich unsere Stadt weiterentwickeln, können wir Strategien entwickeln, Einpendler zum Wohnen und Leben in Lüdenscheid zu werben, können wir unsere Haushaltsproblem als Stadt bewältigen. Zu einem guten Wirtschaftsstandort gehört ein direkter Draht in die Verwaltung. Aufgrund der Organisationsuntersuchung aus 2007 ist der Bereich Wirtschaftsförderung jetzt in Vertretung beim Bürgermeister angesiedelt. Zusammen mit der bewährten Arbeit der Stabsstelle Arbeit und Wirtschaft soll so der direkte Kontakt und schnellstmöglicher Reaktion auf Anliegen aus der Wirtschaft gewährleistet werden. Zu einem guten Wirtschaftsstandort gehören neben engen, vertrauensvollen Kontakten zwischen Wirtschaft und Verwaltung vor allem aber auch gute infrastrukturelle Bedingungen. Dies bedeutet z.B. ein intaktes Straßennetz. Bei der Bewertung unserer Strassen im Rahmen von NKF wurde deutlich, dass wir hier in der Vergangenheit nicht im ausreichenden Umfang investiert haben, um die städtischen Strassen in einem guten Zustand zu halten. Mit einem Programm zur schrittweisen Sanierung der wichtigsten Verkehrsachsen müssen wir hier mittelfristig Abhilfe schaffen. Dies wollen wir in enger Absprache mit den öffentlichen Ver- und Entsorgern umsetzen, um Synergieeffekte zu erzielen. Es geht aber nicht nur um unsere städtischen Strassen, auch das regionale und überregionale Netz müssen dringend verbessert werden. Ich bin daher sehr froh, dass die A 45 in den Fokus einer öffentlichen Diskussion gekommen ist. Auch im Landesstrassenbau muss das Tempo und die

Intensität erhöht werden. Wenn ich noch an die beliebten Thesen vom „rot-grünen Verkehrsstau“ denke und dies mit der Situation von heute vergleiche, ist da für mich noch keine dynamische Veränderung zu spüren. Auch die langfristige Absicherung der Schienenverbindung im Volmetal ist wichtig und liegt im gemeinsamen Interesse der Stadt Lüdenscheid, der Gemeinde Schalksmühle und auch der Stadt Hagen. Durch entsprechende gemeinsame Stellungnahmen haben die beteiligten Bürgermeister dies auch deutlich zum Ausdruck gebracht. Jetzt sollten wir uns in Gemeinschaft aller interessierten Städte und Gemeinden bemühen, diese Strecke im Landesnetz des Landes NRW zu verankern, um die Chancen auf langfristige Sicherung zu erhöhen. Deshalb ist es nur konsequent, unsere Entwicklung des Bahngeländes weiter voran zu treiben, hier sind die entsprechenden Haushaltsmittel in 2008 und den Folgejahren eingeplant. Ein attraktiver Verknüpfungspunkt zwischen Bahn und Bus einerseits, auch hier wäre eine städtebaulich attraktive Privatinvestition hoch willkommen und andererseits die Entwicklung eines innenstadtnahen Gebietes für Dienstleistung und Gewerbe, bringen unsere Stadt in der wirtschaftlichen Entwicklung eines weiteres Stück voran. Zu einer guten Perspektive für unsere heimische Wirtschaft gehören auch Gewerbeflächen zu wettbewerbsfähigen Preisen, denn in welche Problemlagen wir sonst geraten ist einerseits an der aktuellen Entwicklung der MGR Rosmart zu sehen, aber auch bei Anfragen von heimischen Unternehmen nach Erweiterungsmöglichkeiten. Bei der interkommunalen Entwicklung im Bereich Heedfeld haben wir gemeinsam und sehr eng und vertrauensvoll mit der Gemeinde Schalksmühle zusammengearbeitet. Und die Vermarktung dieses Gebietes entwickelt sich sehr zügig und positiv. In solchen Formen der Zusammenarbeit muss sich auch die zukünftige Gewerbeflächenentwicklung vollziehen. Ich bitte dies, bei allem Verständnis für die Belange des Landschaftsschutzes und der Flächenschonung, bei den aktuellen Diskussionen um die Fortschreibung unseres Flächennutzungsplanes angemessen zu berücksichtigen. Trotz der demografischen Entwicklung benötigt eine Stadt wie Lüdenscheid sowohl attraktive Wohnbauflächen und als auch Flächen für die Gewerbeentwicklung. Aber nicht nur Flächen und Technik sind von Bedeutung für die Wirtschaftsentwicklung in unserer Stadt. Das wichtigste Kapital für erfolgreiche Unternehmen sind gute, motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Gerade aus meinen vielfältigen Gesprächen mit Betriebsräten und Gewerkschaften, aber auch mit den Personalverantwortlichen in den heimischen Unternehmen ist mir bekannt, dass wir hier eine gute Basis haben, auf der man aufbauen kann. Die vielfältigen und oft erfolgreichen Strategien, Unternehmen in Problemlagen mit zeitlich befristeten individuellen Lösungen neue Perspektiven zu eröffnen, die nur in einem engem Miteinander von Gewerkschaften, Arbeitgeberverband sowie verantwortlichen Geschäftsführungen möglich sind, sprechen eine deutliche Sprache.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

schon in wenigen Jahren wird der Nachwuchs, der aus den Schulen in die Ausbildung kommt, allein aus demografischen Gründen erheblich zurückgehen. Wenn man dann noch den immer noch viel zu großen Drang in einige wenige Dienstleistungsberufe berücksichtigt, müssen wir unsere Anstrengung zur Attraktivitätssteigerung der gewerblich technischen Berufe in einer konzertierten Aktion massiv verstärken. Nur ausreichender engagierter technischer Nachwuchs kann die Basis unserer wirtschaftlichen Zukunft sichern. Mit unserem Modell der Werbung für naturwissenschaftliche Grundbildung im Vorschulalter haben wir einen Innovationspreis des Landes NRW erhalten. Wir weiten dies jetzt auf die Grundschulen aus. Der weitere Ausbau der Phänomenta sollte in diesem Zusammenhang als große Gemeinschaftsaufgabe gesehen werden.

Aber auch wenn es dann um andere Qualifizierungen geht, müssen wir unsere Anstrengungen verstärken. Die anstehenden Entscheidungen beim DIAL, die Pläne des KIMW sind Schritte in diese richtige Richtung, was wir dazu beitragen konnten, haben wir als Stadt, trotz aller materiellen Schwierigkeiten, ohne Einschränkung getan und werden dies auch weiterhin tun.

Meine sehr geehrten Damen und Herren

Seit der Ankündigung der Landesregierung mehr Absolventen aus Fachhochschulen in den naturwissenschaftlichen Fächern anzustreben, sind wir in einer bemerkenswerten Gemeinschaftsinitiative von Politik, Verwaltungen und Wirtschaft aus Südwestfalen bemüht, auch für einen möglichen Standort Lüdenscheid die Attraktivität für ein praxisorientiertes und zukunftssträchtiges Studienangebot zu entwickeln. Ich möchte an dieser Stelle dem MdL

Bernd Schulte ausdrücklich danken, dass er dieser Bemühungen koordiniert und in die richtigen politischen Kanäle leitet. Dabei ist deutlich der sich entwickelnde „südwestfälische Gemeinschaftssinn“ zu spüren, ohne den ein solches Projekt nicht erfolgreich sein kann.

Dieser Weg sollte auch durch eine hoffentlich erfolgreiche Bewerbung Südwestfalens für die Regionale 2013/16 konsequent fortgesetzt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

einen ähnlichen Gemeinschaftssinn wünsche ich uns bei den anstehenden Haushaltsplanberatungen und bedanke mich zum Abschluss für ihre Geduld und Aufmerksamkeit.

